

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 30 (1938)
Heft: 1

Artikel: Regionalwirtschaft für die Donauländer
Autor: Aufhäuser, S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352885>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehrung des Umsatzes und Hebung des Marktvolumens, denn durch die Preissteigerung und Senkung der individuellen Konsumtionsfähigkeit kann der Markt in progressivem Ausmass geschädigt werden.

Damit zwingt sich uns die Ueberlegung auf: Verteilung der Gewinne auf breiter Basis durch Verbesserung der konsumtiven Einkommen oder Durchführung einer planmässigen Arbeitsbeschaffung auf Grund der Erneuerung und Produktionsmittelbeschaffung der Industrien, gegebenenfalls Aufnahme neuer Industriezweige. Die erzielten Ertragnisse aus dem Export, aus dem Verkehr, aus der Fremdenindustrie, bei der Landwirtschaft sind einem grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm unterzuordnen und in den betreffenden Branchen insbesondere in technischen Verbesserungen produktiv anzulegen. Ferner ist die Ausfuhr durch Reorganisation des Handels zu beleben. Gleichzeitig schreite man zur Hebung der konsumtiven Einkommen und von dieser Seite her zur Ausdehnung des Marktvolumens. Damit erst sichert sich der normale Verlauf der Entwicklung, Verkauf der Lager, Produktion auf neuem Umschlag mit verbesserter Produktivität trotz Lohnsteigerungen. Damit erst werden die Voraussetzungen für die Produktionsmittelbeschaffung, für die Belebung der Bautätigkeit und für die Steigerung der Umsätze geschaffen.

Regionalwirtschaft für die Donauländer.

Von S. A u f h ä u s e r, Prag.

Die anhaltende und nervöse Unruhe an den Börsen und die Diskussionen der Handelspresse lassen erkennen, dass die kapitalistische Welt dem Konjunkturanstieg keinen dauerhaften Charakter beimisst. Insbesondere in den Vereinigten Staaten werden Befürchtungen einer neuen krisenhaften Erschütterung geäussert. Die Kriegsgefahr trägt nicht minder dazu bei, die wirtschaftliche Unsicherheit zu steigern. Das Bild der Weltwirtschaft zeigt auch zahlenmässig, dass die Steigerung der Produktionsziffern in einem Missverhältnis zu dem wesentlich zurückbleibenden internationalen Güterverkehr geblieben ist. Die derzeitige «Konjunktur» lässt alle Teile unbefriedigt, weil der notwendige Aufschwung in der Verbrauchsgütererzeugung auf sich warten lässt. Das Problem für Europa, die gegenwärtige Konjunktur zu erhalten, sie durch eine Stärkung der Konsumkraft der Völker zu verankern, dürfte mit den Mitteln aus der Vorkriegszeit nicht mehr zu lösen sein. Die politische Landkarte von heute hat nur eine kleine Zahl europäischer Grossmächte, wohl aber eine grosse Zahl mittlerer und kleinerer selbständiger Länder aufzuweisen. Die Vielheit kleiner autonomer Nationalwirtschaften hat sich für die Wiederherstellung

des europäischen Handelsverkehrs als hemmend erwiesen. Der Gedanke, die Zwergwirtschaften ohne Antastung ihrer staatspolitischen Souveränität wirtschaftlich zu koalieren, nähert sich seiner Verwirklichung. Die Schaffung von Grossraumwirtschaften wird immer mehr zur Voraussetzung einer wirtschaftlichen Gesundung in Europa.

Schon bald nach Friedensschluss — 1918 — reiften die ersten Pläne für eine regionale Verständigung der Länder im Donaubecken. Die politische Frontenbildung liess aber insbesondere seit dem Aufsteigen des Faschismus eine Donau-Wirtschaftsgemeinschaft nicht zustande kommen. Es blieb zunächst bei der Entwicklung zweier Blocks, der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) und dem Römischen Block Oesterreich-Ungarn unter italienischem Protektorat. Neuerdings haben sich nun einige Wandlungen vollzogen, die eine regional-wirtschaftliche Verständigung der fünf Länder begünstigen. Es wächst auch die Einsicht, dass wenig Aussicht besteht über eine politische Versöhnung zur Wirtschaftseinheit zu gelangen und umgekehrt versucht werden soll, durch wirtschaftliche Kooperation zur politischen Entspannung beizutragen.

Wenn die Donaufrage heute aktuell geworden ist, so müssen folgende vier Gesichtspunkte beachtet werden: 1. Das Vordringen der sogenannten Regionalklausel in der neueren Handelspolitik. 2. Das Interesse Englands an Mittel- und Osteuropa. 3. Die Entspannung im Verhältnis zwischen der Kleinen Entente und Ungarn. 4. Die Wandlung des Römischen Pakts.

Aus den zahlreichen Plänen für den Donaauraum, die meist nach den machtpolitischen Interessen der europäischen Grossmächte orientiert waren, hat sich als erster praktischer Anfang das Mittel der *Regionalklausel* herausgeschält. Es ist der Gedanke einer stärkeren handelspolitischen Bevorzugung der unmittelbaren Nachbarländer, die dann als Block wiederum ihre Beziehungen zu den übrigen Staaten regeln sollen. Vom zollpolitischen Waffenstillstand bis zum ausgebauten Präferenzsystem lässt die Regionalklausel eine organische Entwicklung zu. Die fünf Donauländer hätten sich zu verpflichten, in jeden Handelsvertrag mit einem sechsten Land die Regionalklausel aufzunehmen. Die grösste Schwierigkeit für die Einführung solcher Präferenzen waren bisher die vor allem von England ausgehenden Meistbegünstigungsabkommen.

England hatte seit Verlassen des Freihandelssystems die Meistbegünstigung als eine Art von Freihandels-Ersatz propagiert. Es war aber gezwungen, zur besseren Verbindung mit seinen Dominions im Vertrag von Ottawa den Grundsatz der Meistbegünstigung selbst zu durchbrechen und Präferenzen zu vereinbaren. Die baltischen Länder waren gleichfalls zum Regionalabkommen übergegangen. Skandinavien, Belgien und Holland folgten mit dem Abkommen von Oslo. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs war eine

iberische Regionalklausel zwischen Spanien und Portugal in Anwendung, ebenso wie sie bei amerikanischen Staaten besteht. In der neueren Handelspraxis haben zum erstenmal die Vereinigten Staaten gegenüber einem Präferenzabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich auf ihre Meistbegünstigungsansprüche Verzicht geleistet. England dürfte, falls ein regionales Donauabkommen zustande kommt, heute bereit sein, seine Opposition gleichfalls aufzugeben. Das Interesse Grossbritanniens an der Konsolidierung des Donauraums wächst mit dem Bedürfnis nach der ideologisch-politischen Klärung zwischen Demokratie und Diktatur in Europa. Es ist aber auch handelspolitisch begründet. Der britische Aussenhandel mit den mitteleuropäischen Ländern, der heute etwa 30 Millionen Pfund ausmacht, ist ausserordentlich steigerungsfähig, wenn der südosteuropäische Markt in seiner Aufnahmefähigkeit für englische Waren gestärkt wird. Die englischen Bestrebungen, durch besondere Anstrengungen die gegenwärtige Konjunktur möglichst lang zu halten, schliessen eine Marktbelebung in Mitteleuropa in sich ein.

Innerhalb der Donauländer waren die politischen Spannungen zwischen der Kleinen Entente und Ungarn bisher jeder wirtschaftlichen Verständigung im Wege. Das ungarische Verlangen nach Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Aufrüstung schien lange Zeit ein unüberwindlicher Gegenstand des Streites zu sein. Eine Reihe von Besprechungen der letzten Monate, so Ende September ein persönliches Zusammentreffen der beiden Aussenminister Ungarns und der Tschechoslowakei, scheinen in dieser und anderen politischen Streitfragen gute Ergebnisse gezeitigt zu haben. Versöhnlichkeit und Verständigung haben die Oberhand über reine Prestigepolitik gewonnen. Für Ungarn, das zur Zeit der Krise Anlehnung an Italien gesucht hatte, um sein Getreide absetzen zu können, hat sich inzwischen mit der veränderten weltwirtschaftlichen auch handelspolitisch eine neue Situation ergeben. Italien kaufte nur im Clearingverkehr. Heute sind Schweiz, Belgien, England usw. gute Abnehmer für Ungarn geworden; sie kaufen gegen Devisen. Eine wirtschaftliche Verständigung mit der Kleinen Entente ist für Ungarn aktuell geworden.

Schliesslich hat neuerdings auch Italien den Römischen Pakt mit Oesterreich und Ungarn, soweit es sich um die wirtschaftliche Seite handelt, stark aufgelockert. Italiens Interesse, seine Beziehungen zu Jugoslawien wirtschaftlich zu untermauern, lassen es nicht zu, gleichzeitig und im gleichen Masse auch an Ungarn und Oesterreich die bisherigen Präferenzen zu gewähren. Seine Verträge mit beiden Ländern sind aufgekündigt und sollen abgebaut werden. Ungarn verliert einen Teil seines Absatzes in Getreide, Oesterreich in Holz usw. Die Zusammenkunft des italienischen Duce und des deutschen Reichskanzlers wird dahin gedeutet, dass Italien gegen andere Kompensationen dem Dritten Reich in Mitteleuropa vor allem in Oesterreich freie Hand lassen möchte.

Es ist auch kein Geheimnis, dass Deutschland, vor allem die Industrie, bemüht ist, in Südosteuropa vorzudringen.

In dieser veränderten Situation wächst bei den Donauländern die Erkenntnis, durch eigene und gemeinsame Aktivität die Donauraumfrage praktisch zu lösen. Aber auch England und Frankreich sind wachsam geworden, um eine einseitige Ueberfremdung der mitteleuropäischen Länder durch die europäischen Diktaturstaaten zu verhindern. Sie wollen weder eine deutsche Hegemonie über Oesterreich noch eine italienische über Jugoslawien. Die Unabhängigkeit der zentraleuropäischen Länder, insbesondere auch Oesterreichs, ist zum massgeblichen Politikum des europäischen Friedens herangereift; ihre Voraussetzung liegt in der Reaktivierung des Donauwirtschaftslebens.

Die Gesundung der Weltwirtschaft ist erschwert, weil die europäische Verständigung fehlt. Das europäische Gleichgewicht aber wird um so eher hergestellt werden können, je schneller es gelingt, wirtschaftliche Grossräume zu schaffen, die über die notwendige Tragfähigkeit verfügen. Es gilt im Herzen Europas wieder konsumkräftige Völker zu haben, um dem ganzen Europa zu helfen.

Wirtschaft.

Die Aktienkurse Ende 1937.

Die schweizerischen Aktienbörsen haben zu Beginn des Jahres 1937 die starke Hausse, die unmittelbar nach der Abwertung begonnen hatte, fortgesetzt. Schon Ende Februar kam jedoch der Kursanstieg ins Stocken. Nach einigen Monaten der Stagnation stiegen die Kurse im Juli noch weiter an und erreichten im August den höchsten Stand. Der heftige Sturz der Rohstoffpreise und der Aktien an den ausländischen Börsen, insbesondere in Amerika, hat dann im September/Oktober auch die schweizerischen Aktien mitgerissen. Es traten Kursverluste ein von durchschnittlich etwa 10 bis 15 Prozent, von denen sich die Aktien erst im Dezember wieder erholten.

Wir haben wie in früheren Jahren die Aktienkurse der führenden schweizerischen Aktiengesellschaften auf Jahresende verglichen mit dem Kursstand früherer Jahre:

	Nominal- betrag der Aktie in Fr.	Börsenkurse der Aktien auf Ende des Jahres					
		1921	1928	1931	1935	1936	1937
Nestlé, Cham	200	220	940	430	780	1120	1140
Aluminium, Neuhausen . .	1000	1262	3750	1400	1580	2480	2650
Lonza E.-W. u. chem. Fabriken	200	90	485	80	60	106	125
Brown, Boveri & Co., Baden	350	197	605	170	60	196	200
Sulzer (Holdinggesellschaft) .	1000	405	1280	400	265	684	700 ³
Bally (Holdinggesellschaft) .	800	655	1560	600	880	1255	1270
Stahlwerke Fischer, Schaffh. .	500	390	1080	430	235	478	580
Maggi (Holdinggesellschaft) .	5000	3800	17800	15000	15000	18300	18000
Maschinenfabrik Oerlikon . .	500	410	800	410	250 ²	470 ²	460 ²
Gesellsch. für chem. Industrie	1000	825	3550	2350	4075	5475	6000
Industriegesellsch. für Schappe	1000	1330	4480	960	235	690	730